gerade wegen der akuten Gefährdung der militärischen Lage sofort hinausgehen zu lassen. Am 1. Oktober kommen eine ganze Reihe von Telegrammen und Telephongesprächen aus dem Großen Hauptquartier mit dem gleichen Inhalt nach Berlin. »Heute halte die Truppe, was morgen geschehen könne, sei nicht vorauszusehen« (Nr. 21). Man solle das Friedensangebot »sofort hinausgehen lassen und damit nicht erst bis zur Bildung der neuen Regierung warten, die sich verzögern könne. Heute hielte die Truppe noch und wir seien in einer würdigen Lage, es könne aber jeden Augenblick ein Durchbruch erfolgen und dann käme unser Angebot im allerungünstigsten Moment« (Nr. 23). Und spät abends: »General Ludendorff erklärte mir, daß unser Angebot von Bern aus sofort nach Washington weiter gehen müsse. 48 Stunden könne die Armee nicht noch warten, ... Der General betonte, daß alles darauf ankäme, daß das Angebot spätestens Mittwoch nacht oder Donnerstag früh in den Händen der Entente sei und bittet Euer Exzellenz, alle Hebel dafür in Bewegung zu setzen« (Nr. 27). Am selben Nachmittag läßt Hindenburg dem Vizekanzler von Payer mitteilen (Nr. 22, vgl. Bericht v. Payers in Nr. 42), wenn bis heute abend 7 bis 8 Uhr Sicherheit vorhanden sei, daß Prinz Max die Regierung bilde, könne bis zum nächsten Morgen gewartet werden; sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte er die Ausgabe der Erklärung heute nacht für geboten. In einem Vortrag, den der Vertreter der Obersten Heeresleitung am 2. Oktober vormittags vor den Parteiführern des Reichstages hält, kommt auch in diesem größeren Kreise die drängende Lage scharf zum Ausdruck (Nr. 28).

Prinz Max von Baden sträubt sich aufs heftigste gegen die gewünschte Friedensaktion, weil sie in dieser Form und in diesem Augenblick einer militärischen Zwangslage die deutsche Situation für die Friedensverhandlungen offenbar sehr ungünstig gestalten würde Er berichtet hierüber am 11. Oktober (Nr. 42):

> »Am Abend des 1. Oktober sei ihm der Reichskanzlerposten angeboten worden mit dem gleichzeitigen Verlangen, sofort die Friedensvermittelung Wilsons nachzusuchen; er habe sich dagegen gesträubt und mindestens acht Tage warten wollen, um die neue Regierung zu konsolidieren und nicht den Eindruck hervorzurufen, als handelten wir bei unserer Bitte um Friedensvermittelung unter dem Drucke eines militärischen Zusammenbruchs.«

Am 2. Oktober bittet General Ludendorff um den Entwurf der Note (Nr. 29) und läßt nachmittags selbst eine Fassung telephonieren, die im wesentlichen mit dem späteren Wortlaut übereinstimmt (Nr. 30).

Der Prinz hält seine Bedenken aufrecht. Noch am 3. Oktober stellt er schriftlich eine Reihe von Vorfragen, darunter die Frage (Nr. 32):

> Ist die Oberste Heeresleitung sich bewußt, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangslage zum Verlust deutscher Kolonien und deutschen Gebiets, namentlich Elsaß-Lothringens und rein polnischer Kreise der östlichen Provinzen führen kann?« (Nr. 32, Ziffer 4).